

Antrag der Fraktion der CDU

Einsamkeit! Ein dringendes Problem in Bremen!

Der Senat antwortete im März 2024 auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion, Bremen würde bereits überdurchschnittlich viel gegen Einsamkeit tun (Drs: 21/268). Sein Fazit lautete: „Dieser Erfolg dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei aller Anstrengung immer auch eine Gruppe von Menschen verbleiben würde, die sich trotz allen Engagements nicht erreichen ließe.“

Ebenso beschreibt der Senat, dass „Die Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die Bekämpfung von Einsamkeit nicht vorgesehen ist (...)“. Wir fordern indes mit Nachdruck die Benennung einer ressortübergreifend tätigen Person, die in Bremen und darüber hinaus für die Bekämpfung von Einsamkeit steht und sich für die Stärkung und den Ausbau einsamkeitsverhindernder Maßnahmen stark macht.

Die selbstzufriedenen Antworten des Senats weichen weit von den Erkenntnissen der Bundesregierung und denen der anderen Bundesländer ab, die sich dem Thema Einsamkeit zunehmend mit verschiedenen Aktionen und Maßnahmen stellen und aktiv werden. So ist eine bundesweite Aktionswoche gegen Einsamkeit geplant, Niedersachsen hat einen Ideenwettbewerb zur Vermeidung und Überwindung von Einsamkeit gestartet und in Nordrhein-Westfalen wird eine eigene Strategie gegen Einsamkeit erarbeitet. Deutschlandweit verfestigt sich die Erkenntnis, dass Einsamkeit durch die damit verbundene soziale Isolation zu einer der größten Volkskrankheiten geworden ist. Einsamkeit trifft alle Generationen und Bevölkerungsschichten und sie wirkt sich nicht nur auf die Psyche, sondern auch auf die körperliche Gesundheit aus und hat gravierende Folgen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das gerade auf Bundesebene vorgelegte sogenannte Einsamkeitsbarometer zeigt unter anderem auf, dass Einsamkeit auch zu Vertrauensverlust in die Demokratie, den Staat und die Polizei führt, was der Demokratie massiv schaden kann.

Während Bundesfamilienministerin Lisa Paus betont, dass es ein sehr wichtiges Ziel sei, „das Thema aus der Tabu-Zone“ zu holen, scheint Bremen abseits zu stehen und all dem tatenlos zuzuschauen, weil Einsamkeit nach Einschätzung des Senats hier nur noch für die ein Thema ist, die sich bewusst nicht erreichen lassen. Diese Einsicht wird von der CDU-Fraktion nicht geteilt und wir fordern den Senat auf, die bundesweiten Erkenntnisse und Aktivitäten zum Thema Einsamkeit nicht weiter selbstzufrieden zu ignorieren, sondern auch in Bremen durch die Erhebung aktueller Daten, durch Ursachenforschung, Überprüfung der vorhandenen und Installierung neuer Angebote gegen Einsamkeit aktiv zu werden.

In der Großen Anfrage verweist der Senat in der Antwort auf Frage 7 auch auf eine Definition von Einsamkeit aus den 1980er Jahren, die Einsamkeit lediglich als „unangenehme Erfah-

nung“ beschreibt. Diese veraltete Sichtweise greift jedoch zu kurz und verkennt die Komplexität des heutigen Problems. Einsamkeit im Sinne von sozialer Isolation ist heute trotz oder gerade auch wegen der Digitalisierung und Social Media ein wachsendes Problem. Durch die Corona-Krise ist dieses Thema erst richtig in den Fokus gerückt, weil es sich in dieser Zeit nochmals verstärkt hat und großflächig sichtbar geworden ist. Heute zeigt sich, wie tief Einsamkeit in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Nicht allen Menschen sieht man direkt an, dass sie massiv unter Einsamkeit und Isolation leiden.

Wir brauchen eine passende Strategie und innovative Ideen, um Einsamkeit und ihre Folgen wirklich greifbar und bekämpfbar zu machen. Es reicht nicht aus, lediglich immer mehr Projekte oder Träger zu finanzieren, ohne auf klare Ziele und Nachhaltigkeit zu setzen. Wir brauchen Konzepte, die Einsamkeit dort bekämpfen, wo sie entsteht – in den Wohnvierteln, in den Schulen oder an den Arbeitsplätzen. Wir müssen sicherstellen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, echte, bedeutungsvolle soziale Verbindungen zu knüpfen und zu pflegen.

Die CDU-Fraktion fordert daher eine den heutigen Erkenntnissen angepasste, moderne Herangehensweise zur Bekämpfung von Einsamkeit. Wir dürfen uns der Erkenntnis nicht verschließen, dass Einsamkeit eine kommende Volkskrankheit mit all ihren negativen Folgen ist und wir müssen entsprechend handeln – mit Empathie, Weitblick und Entschlossenheit.

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, spätestens ein Jahr nach Beschlussfassung eine Strategie zur Bekämpfung von Einsamkeit vorzulegen, die unter anderem folgende Punkte berücksichtigen soll:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- a. eine ressortübergreifend tätige Ansprechperson zu benennen, die das Thema Verhinderung und Bekämpfung von Einsamkeit - soweit erforderlich - auch bundesweit begleitet und aus dem bereits vorhandenen Personal eingesetzt werden soll.
- b. regelmäßig und systematisch Daten zur Entwicklung von Einsamkeitstendenzen in Bremen zu erheben.
- c. vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote zu überprüfen, zu sensibilisieren und gegebenenfalls auszubauen, um Menschen zu unterstützen, nicht in Einsamkeit zu geraten oder dieser entfliehen zu können.
- d. Öffentlichkeitskampagnen durchzuführen, um Menschen füreinander zu sensibilisieren, das Bewusstsein für das Thema Einsamkeit zu schärfen und die Bevölkerung über bestehende Kontaktmöglichkeiten zu informieren.
- e. die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Gesundheitsdiensten, sozialen Trägern, Bildungseinrichtungen und Wohnungsbaugesellschaften zu intensivieren, um der Entstehung von Einsamkeit entgegenzuwirken.
- f. in der Quartiersgestaltung und Planung von Neubaugebieten das Zusammenleben der Generationen durch ansprechende Begegnungsräume zu fördern.
- g. eine kommunale Anlaufstelle zu etablieren, die Vereine, Hilfsorganisationen, Selbsthilfegruppen, Gemeinden und weitere darin unterstützt, ihr Vereinsmanagement zu professionalisieren, indem sie informiert, vermittelt oder auch selbst Schulungen anbietet.

- h. Sportvereine zum Beispiel in der Anpassung ihrer Sportstätten und Finanzierung der Ausbildung von Übungsleitern zu unterstützen, damit alle Menschen, die mitmachen möchten, auch aufgenommen werden können.
- i. bereits vorhandene Ehrenamtsstrukturen weiter zu stärken und zu professionalisieren.
- j. wohnortnahe kostenfreie oder möglichst kostengünstige Räumlichkeiten für Vereins-sitzungen, z. B. in Schulen, bereitzustellen.
- k. zu prüfen, inwieweit über das vorhandene hinaus weitere Angebote nötig sind, um Menschen darin zu unterstützen, ihren Übergang in die Rente sinnvoll zu gestalten.
- l. inklusive Maßnahmen zu fördern, die darauf abzielen, die soziale Teilhabe von Menschen mit besonders hohem Gefährdungspotenzial wie z. B. Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund, Arbeitslose, Senioren, Singles, aber zunehmend auch junge Menschen, z. B. Studenten, zu erhöhen.
- m. eine Strategie zu entwickeln, wie alle Kinder und Jugendlichen noch stärker in Strukturen wie Vereine eingebunden werden können, um damit den Grundstein für Engagement und Miteinander und die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung zu legen.
- n. einen jährlichen Bericht in der Sozialdeputation über die Gründe der Entstehung und der weiteren Entwicklung von Einsamkeit in Bremen einzuführen. Dieser Bericht soll die Grundlage für die Weiterentwicklung von gezielten Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit bilden.

Beschlussempfehlung:

Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU